

# Volkszeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665. Fernverkehr: Dönhofs 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: amt-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: amt-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [unverändert] . Nr 106

DONNERSTAG, 3. MÄRZ 1932

MORGEN-AUSGABE

## Schanghai brennt

### Niemand unterdrückt das Feuer — Europäer in höchster Gefahr

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 2. MÄRZ

Durch den Rückzug der Chinesen ist das internationale Siedlungsgebiet in eine fürchterliche Gefahr geraten. Die Chinesen haben, bevor sie ihre alten Stellungen verließen, an verschiedenen Stellen Feuer angezündet, das sich unter dem Einfluß des windigen Westens zu ungeheuren Wäldern entwickelte.

Die Spanner haben nichts zur Unterdrückung des Feuers getan, weil sie hoffen, daß dadurch verlorene Minen zur Explosion kommen, und ebenso, daß das Feuer die chinesischen Frontkämpfertruppen aus ihrem Gebiet vertreibt. Das Feuer ist schon nahe an das internationale Siedlungsgebiet herangekommen, so daß man das Brechen der Flammen hören kann, und eine dicke Wolke liegt über der internationalen Siedlungsstadt. Der Schaden, den das Feuer bisher angerichtet hat, ist ungeheuer. Günstige Zufälle trafen sich mit allen Arten von Fahrzeugen flüchteten, auf denen die Bewohner flüchten.

### Abzug der Chinesen

Copyright 1932 by Ullstein-Institut Berlin

SCHANGHAI, 2. MÄRZ

Die 19. Armee hat auf allen Fronten den Abzug angeordnet. Die Frontstellungen sind durch das starke japanische Artillerie- und Luftbombardement vernichtet; die Verbindung mit dem Inneren Chinas ist durch die Vorhut der japanischen Verstärkungsgruppen, die in Wuho am Gangetic gelandet worden sind, gefährdet.

Der Befehl zum Abzug soll von General Tschang-Lai-fu ausgegangen sein, der die Einzüge von Suho und Tschangshai von den japanischen Streitkräften ermöglicht hätte, die Chinesen bei Wufang, Kiangwan und Schapel einzuschließen. Der Nordbahnhof wurde am Vormittag noch gehalten, nachmittags wurde diese vollständig zerstört. Die Poststation geräumt. Die chinesischen Verteidiger des Forts Warlung sind von dem 22. japanischen Infanterie-Regiment umzingelt worden; die Einschüme des Forts durch die Säpinner sind für die allerhöchste Zeit erneuert. Auch die Grenztruppen des Schanghaier Chinesenrevieres Nantao haben sich zurückgezogen, so daß nur noch die Polizei dort zurück-

gelassen ist. Das immer wieder verzögerte Eintreffen der Verstärkungen und der Mangel an Geldgeschäften größeren Kalibers haben bei dem General Rückzug beigetragen. Die japanische Bevölkerung von Schanghai, die sich während der letzten fünf Wochen in ihren Häusern versteckt gehalten hatte, ist heute fröhlich erregt wieder zum Vorschein gekommen. Es werden Pläne besprochen, um den japanischen Sieg durch Freier würdig zu begehen.

Der chinesische General Wong, der von den Japanern nur einigen Tagen im Hotel Hilton-House verhaftet worden ist, wurde vorgeführt wieder freigelassen. Boshard.

### Der „Klassische Fall“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 2. MÄRZ

Die Genfer chinesische Delegation hat eine neue umfangreiche Denkschrift zum schließlichen Kommittee überreicht, die am 1. April 1932 des Völkerbundpaktes anhängt.

Darin präsentiert sich China dem Völkerbund als anerkannter Garant der internationalen Ordnung und der Gerechtigkeit. Seine Sorge ist um klassischer Einfachheit. China habe den Völkerbundpakt stets genau beachtet, es war bereit und ist jetzt noch bereit, in weitgehendem Umfang jedes Programm einer friedlichen Regelung der Streitigkeiten mit Japan anzunehmen. China wolle nur in Frieden leben dürfen.

Die Völkerbundsammlung wird morgen vormittig 11 Uhr unter dem Vorsitz von Paul Boncour geschlossen werden. Die deutsche Delegation zur Völkerbundsammlung des Völkerbundes hielt unter der Leitung des Obersten von Weizsäcker, ihr gegen Ferner an der Vortragende Legation von Kampffmeyer und Legation von Schoen.

\*

Aus Tokio kommt die Nachricht, daß der Rückzug der chinesischen Truppen in offiziellen Kreisen mit Befriedigung aufgenommen worden ist und daß man nicht nur die japanischen Truppen zurückziehen, sondern auch ihre Verstärkungen nach Japan zurückzuführen wolle, ohne erst die Friedensverhandlungen abzuwarten.

\*

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages nahm einen Antrag an, der das Staatsministerium ersucht, unverzüglich mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um die augelagerte Genkung der Biersteuer so schnell wie möglich durchzuführen. Der Antrag wird sich zu Beginn seiner heutigen Sitzung mit den Anträgen über die Biersteuer beschäftigen.

\*

Die Sozialkommission der Gewerkschaftsvereinigung Berlin hat nach mehrwöchiger Verhandlung gegen 11 Uhr abends beschlossen, den Bierstreik sofort abbrechen und am heutigen Donnerstag in Verhandlungen mit der Regierung zu treten.

## Bierboykott abgebrochen

### Der Beschluß der Berliner Lokal-Kommission

Der Bierboykott ist im Laufe des gestrigen Abends durch den Widerruf einer Reihe von Sozialblättern, vor allem im Westen der Stadt, praktisch zum Zusammenbrechen gekommen. Zahlreiche Geschäfte haben mit Rücksicht auf die angebotenen Vermittlungsvorschläge und auf die Stimmung des Publikums den Boykott von sich aus aufgehoben, ohne auf das Ergebnis der Stellungnahme der Sozialkommission zu warten.

Es sind im Laufe des Abends bei den Nachpostiers der Berliner Brauereien noch zahlreiche Bestellungen aus Bierlieferungen eingegangen, und nachdem man haben große Tische den Ausschank von Bier wieder aufgenommen. Ihren Besuchen haben sich fast durchweg die Berliner Bahnhofsrestauranten angeschlossen.

Dagegen ist in den meisten der in der Sozialkommission vertretenen Einzelorganisationen noch am Nachmittag beschlossen worden, den Streik weiterzuführen und die Vermittlung der Industrie und Handelsämter, die, wie berichtet, sich um die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Reichsregierung bemüht hat, nicht anzunehmen.

Das Mittelstandsratelrat hat zusammen mit der Industrie- und Handelskammer eine Kommission gebildet, die mit der Regierung und dem Preisminister über eine wirksame Senkung der Verbrauchs-

steuer verhandeln soll. Allein diese Maßnahme dürfte genügen, um den in Aussicht genommenen Abschreib der kleineren und mittleren Geschäfte vorläufig zu verhindern. Die Entwidlung der Bierboykott- und Wirtschaftsbewegung in Berlin in den letzten Tagen ist doppelt bedeutsam, weil davon die Stellungnahme der Organisationen im Reich entscheidend beeinflusst werden wird.

\*

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages nahm einen Antrag an, der das Staatsministerium ersucht, unverzüglich mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um die augelagerte Genkung der Biersteuer so schnell wie möglich durchzuführen. Der Antrag wird sich zu Beginn seiner heutigen Sitzung mit den Anträgen über die Biersteuer beschäftigen.

## Hindenburg-Ausschuß in Sachsen

Aus Vertretern der Konfessionsparteien, der Christlichen nationalen Bauernpartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei, des Christlich-sozialen Volksdienstes, der völkischen Reichsvereinigung, der Deutschen Staatspartei und des Zentrums hat sich hier ein Organisationsausschuß für die Wahl Hindenburgs in Sachsen gebildet.

In dem Ausschuß haben mehrere Berufsorganisationen, so der Deutsche Arbeiterbund, die Christlichen Gewerkschaften, der Deutsche Bauernbund usw. Vertreter entsandt.

## Tragödie einer Partei

Bereitgedes Bemühen, eine Partei, die keine Lebenskraft und auch keinen Lebenswillen mehr hat, gesund zu beten! Es hat nichts gegeben, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei den Abgeordneten Dr. Hugo in das Parlament gebiet entwarf, um den Wahlkreis Westfalen-Geld zu beschließen, daß er sich wenigstens vierzehn Tage noch gebulde. Der Vorliegende des Wahlkreisverbandes hat bereits von einer ihm erteilten Vollmacht Gebrauch gemacht und den Austritt aus der Deutschen Volkspartei vollzogen. Die Parteiliste enthält den moralischen Hintergrund dieses Abfalls; sie unterrichtet darüber, daß dem Vorliegenden und dem Generalleiter des Wahlkreisverbandes von den Unterhändler Büttner, bestimmte Aufschlüsse über die Gesamtheit ihrer Stellungen innerhalb der Deutschen Volkspartei gegeben wurden. Sehr interessant, aber nicht sehr wesentlich! Die Partei erfüllt nicht, weil ihre Führer sie im Stich lassen, sondern die Funktionäre flüchten aus der untergehenden Partei, die ihnen nichts mehr zu bieten hat. Daß dabei Menschenliches, Altruistisches hervorzuheben — wollte das übersehen? Was sollte die Partei zusammenhalten, seitdem die goldene Kammer von der Schwermühe gelöst worden ist?

Die Deutsche Volkspartei war außerdem die Radikaleren der Konfessionellen Partei des alten Reichstags, aber keine Parteiführer, auch nicht seit 1918 noch nicht erfüllt, daß eine neue Zeit neue, aber gesteigerte Aufgaben stelle. Er hat eine Traditionsparodie der ehemaligen Nationalliberalen Partei geübt und sie nur mit einer anspruchsvolleren Uniform bedeckt. Die Tradition, die von der Deutschen Volkspartei hochgehalten werden sollte, war der Liberalismus. Einmal in den dreißigen Jahren hatte die Deutsche Volkspartei auch Gelegenheit, sie die liberale Idee zu vertreten, in dem Kampf um das Reichsaufgebot, das sie um der geistlichen Schulhaftigkeit willen zu Fall gebracht hat. Heute, in der rückfahrenden Betrachtung, gemeint es zweifelhaft, ob dieser Erfolg nicht ein Sprühgeschloß gewesen ist, ob die Entwidlung in Deutschland nicht günstiger gewesen wäre, wenn Stresemann die damalige Koalition nicht gesprengt hätte und die Deutschnationalen unter Weltmars Führung mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum im Schicksalsgraben der Republik geblieben wären!

Trotz Schulgeföh aber war ihr Liberalismus eine zu große metanische Übermaß, als daß die Partei mit der Hilfe in den Sturmjahren der Radikalität die politische Gestaltung hätte betreiben können. Die Deutsche Volkspartei hat eine falsche Erinnerung an die national-liberale Vergangenheit, von der sie die breite Caesur des Kriegsergebnisses trennte; aber noch blässer war die Farbe der Entschiedenheit gegenüber den Problemen der Gegenwart. Sie wünschte nicht die Wiederkehr der Monarchie, die sich selbst ihr Grund gefühlt hatte, aber sie konnte sich auch nicht dazu verstehen, republikanisch zu werden; sie befand sich zur Verfassungstreue, aber sie verstand die schwarzrot-goldenen Farben und zeigte demagogisch schwarzweiß. Aus der Unentschiedenheit im Verordnungsfall ergab sich folgerichtig das andauernde Schwanken im tatsächlichen Vorgehen. Da sie nicht recht wußte, was sie wollte, hat die Deutsche Volkspartei sich nie nach ihrem eigenen Willen, sondern immer nach dem anderen Parteien orientiert. Dieser bisher verfehlten Betreffungen aus Stresemanns „Berühmtheit“ findet man die dokumentarische Bestätigung dafür, daß das Lim und Auf der Überlieferung in der Partei war, wie man bald die Deutschnationalen, bald die Sozialdemokraten „mit der Verantwortung belassen“ könnte, die man selbst zu tragen sich scheute.

Es konnte nicht ausbleiben, daß eine Partei von so schwacher innerer Haltung zur reinen Interessengruppe wurde. Stresemann hat diese gefährliche Entwidlung frühzeitig erkannt, wie man aus einem seiner in der „Volkszeitung“ veröffentlichten Briefe (datiert vom 9. August 1920) weiß, in dem er es beklagte, daß wie keine Partei der Weltanfang mehr sind, sondern mehr und mehr zu einer reinen Interessengruppe werden“. Er selbst hat sich, ohne zu Schines' Zeitgenossen, gegen den schwerindustrialen Grund genommen, seine Tätigkeiten als Parteiführer bestanden vorwiegend in dem Kampf gegen die Degradierung zur parlamentarischen Schutztruppe der Industriepolitik. Aber auf die Dauer ist die materielle Einfälle doch die härtesten gewesen. Gemäß Stresemann hat der Deutschen Volkspartei ein Proff gegeben. Aber das war nur ein zweites Gefühl, das sie wie eine Maske über dem eigentlichen Inhalt trug. Die Deutsche Volkspartei, soweit sie durch ihren Hauptverband und ihre Reichstagsfraktion repräsentiert wird, hat die Politik Stresemanns, ohne inneren